

# Fragwürdige »Orientierung«

## EKD befürwortet solidarische Bezahlung selektiver Tests

**Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) wird wohl 2019 entscheiden, ob Krankenkassen den Einsatz einer umstrittenen Innovation künftig bezahlen müssen: molekulargenetische Bluttests, die Chromosomenabweichungen wie Trisomie 21 beim Fötus ab der neunten Schwangerschaftswoche feststellen sollen (→ BIOSKOP Nr. 83, 78). Auch der Bundestag soll noch mal über nicht-invasive, pränatale Tests (NIPD) diskutieren. Führende Kirchenvertreter haben sich bereits positioniert.**

Die Überschrift klingt wegweisend: »Orientierung für eine ethische Urteilsbildung« steht über einer Mitteilung, verbreitet seit Anfang November vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Im ersten Satz steht der Appell, »Maßnahmen der Nichtinvasiven Pränataldiagnostik bei Risikoschwangerschaften umfassend in die gesellschaftliche Verantwortung einzubetten«. Wie die EKD sich das praktisch vorstellt, liest man im nächsten Satz: »Dazu plädiert sie dafür, diese Form der Pränataldiagnostik künftig in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen und zugleich das Angebot einer umfassenden ethischen und psychosozialen Beratung als Bestandteil der gemeinschaftlich finanzierten Mutterschaftsvorsorge vorzusehen.«

Die Kosten für die Beratung, die auch von kirchlichen Einrichtungen angeboten wird, sollen also ebenfalls von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden. Mit dieser Vorgehensweise soll es Schwangeren laut EKD »ermöglicht werden, eine eigenständige, abgewogene Entscheidung treffen zu können, unabhängig von finanziellen Erwägungen oder medizinischen Risiken«. Ihre Position erläutert die EKD ausführlich in der Stellungnahme »Nichtinvasive Pränataldiagnostik – Ein evangelischer Beitrag zur ethischen Urteilsbildung und zur politischen Gestaltung«, den ihre »Kammer für Öffentliche Verantwortung« geschrieben hat.

Das rund 40-seitige Papier richtet sich vor allem an G-BA und Bundestag, der voraussichtlich Anfang 2019 über vorgeburtliche Diagnostik diskutieren wird. Jedenfalls haben das parteiübergreifend Abgeordnete von CDU, Linken, FDP und Grünen angemahnt, als sie im Juli mit einem nachdenklichen Papier an die Öffentlichkeit gingen, Titel: »Vorgeburtliche Bluttests – wie weit wollen wir gehen?«

Eine der Initiatorinnen ist Corinna Rüffer, behindertenpolitische Sprecherin der grünen

Fraktion. Sie hat die Orientierung der EKD-Führung direkt nach Veröffentlichung vehement kritisiert: »Die Vorstellung der EKD, man könne den behindertenfeindlichen Charakter dieser Tests irgendwie einhegen, wenn man ihn staatlich finanziert und die Frauen zu einer Pflichtberatung schickt, ist naiv«, schrieb Rüffer. »Ich sehe nicht, wie unsere Gesellschaft ein positiveres Bild von Menschen mit Behinderung bekommen soll, wenn wir diesen Test über die Krankenkassen als Regelleistung finanzieren und damit quasi mit einem Gütesiegel versehen.« Von einer Kirche erwarte sie »eine wertschätzende Haltung zu menschlichem Leben in all seinen Ausprägungen«.

### Perspektive erweitern

Die katholische Bischofskonferenz erklärte gleich nach Bekanntwerden des EKD-Papiers, dass sie die Forderung nach Kassenfinanzierung der NIPD weiterhin ablehne. Auch in evangelischen Einrichtungen gibt es kritische Stimmen. Zum Beispiel Claudia Heinkel, Leiterin der PUA-Fachstelle für Information, Aufklärung, Beratung zu Pränataldiagnostik und Reproduktionsmedizin im Diakonischen Werk Württemberg. Von BIOSKOP gefragt, erklärte Heinkel unter anderem, das EKD-Papier sei »eine unglaubliche Selbstentlastung der Kirche als Teil der Gesellschaft«. Die Entscheidungen der Eltern, weiß Beraterin Heinkel aus ihrer Beratungserfahrung, »fallen ja nicht im luftleeren Raum, sie sind ein Spiegelbild unserer Gesellschaft, eben auch mit der Entscheidung gegen ein Kind mit Trisomie 21«.

Ein Test, der Trisomie 21 aufspüren soll, habe keinen medizinischen Nutzen, so Heinkel, »diese Voraussetzung für eine Kassenleistung fehlt« – und das gelte auch für die Fruchtwasseruntersuchung, die von Kassen unter bestimmten Voraussetzungen bezahlt werden muss. »Man könnte nun sagen: Nach 35, 40 Jahren überprüfen wir die Entscheidung über diese Kassenleistung ohne medizinischen Nutzen auf ihre Stimmigkeit, bevor wir das Angebot erweitern.« Diese Herangehensweise sei zumindest denkbar, aber in der bisherigen Debatte um den Bluttest »so gut wie gar nicht im Blick«.

Vielleicht weitet sich die Perspektive im Parlament ja im nächsten Jahr doch noch. Eine grundsätzliche Debatte über Pränataldiagnostik, deren alltägliche Handhabung, individuelle und gesellschaftliche Wirkungen, ist überfällig.

Klaus-Peter Görlitzer

### »Moratorium sinnvoll«

Welche Möglichkeiten hat die Zivilgesellschaft, die Entwicklung und Einführung der nicht-invasiven Pränataldiagnostik (NIPD) mitzugestalten und Einfluss zu nehmen? Diese Frage hat das Berliner Institut für Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) untersucht, mit finanzieller Förderung vom Bundesforschungsministerium. Ergebnisse des Projekts zur »Partizipation in technisch-gesellschaftlichen Innovationsprozessen« hat das IMEW nun veröffentlicht. Der 15-seitige Kurzbericht, an dem Katrin Grüber, Sabine Könninger, Kathrin Braun, Diana Schneider und Ulrike Baureithel mitgewirkt haben, schließt mit einigen Empfehlungen, zum Beispiel: »Im Hinblick auf die weiteren Entwicklungen im Bereich der NIPD muss schon im Vorfeld eine Diskussion über deren Nutzen und finanzielle Förderung einsetzen, damit die Öffentlichkeit nicht wie im Falle des Pränataltests wieder vor vollendete Tatsachen gestellt ist. Um diesen Prozess zu organisieren, wäre es sinnvoll, ein Moratorium für die weitere Entwicklung und Etablierung der Tests zu setzen. Weiterhin schlagen die Autorinnen die Förderung einer 5-jährigen offenen Diskussionsplattform vor, die ermöglicht, die Entwicklung der Pränataldiagnostik im Allgemeinen und der NIPD im Besonderen zu debattieren. Ein Vorbild wäre etwa die Nationale Plattform Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Eine solche Plattform hätte nicht das Ziel, Konsens herzustellen, sondern müsste sich auf die Aufhellung von Argumentationslinien und die Transparenz von Interessen konzentrieren.« Der Kurzbericht ist online: [www.imew.de](http://www.imew.de)